

Aufschlußreich ist für alle diese Modelle ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit: Sie findet in ihnen keinen Platz. Im Prinzip kommen nur jene Berater zu Wort, die die jeweiligen Ziele und Pläne des Monopolkapitals vertreten und unterstützen. Die aus den objektiven Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung erwachsenden Interessen des Volkes sind in diesem Konzept von vornherein unbeachtlich und können keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben.¹⁶

Im übrigen bleiben alle diese Modelle aus Furcht vor möglichen antiimperialistischen, demokratischen Konsequenzen insoweit auf halbem Wege stehen, als sie so angelegt sind, daß der Wissenschaftler von der eigentlichen Entscheidung ferngehalten wird.¹⁷

In der Praxis haben sich gegenwärtig im System des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland verschiedenartige institutionelle Formen der „wissenschaftlichen Beratung“ der Politik eingebürgert. Diese Institutionen stellen aber kein modellhaftes Ganzes dar, sondern existieren mehr oder weniger losgelöst voneinander und haben häufig nur zeitweiligen Charakter:

1. Die allgemeinste und unverbindlichste Form der Raterteilung an die Politik und Informationssammlung durch die Politiker ist die Publizierung

- a) Das Problem wird im Gespräch zwischen Wissenschaftler und Politiker präzisiert;
- b) Interpretation der Zielvorstellungen (Aufdeckung der Vielzahl beteiligter Anliegen, präzise inhaltliche Bestimmung, Berücksichtigung des Spannungsverhältnisses zwischen den Anliegen);
- c) Entscheidung für ein bestimmtes Zielsystem (Grundentscheidung und abgeleitete Ziele), in dem Widersprüche und Überschneidungen vermieden werden und eine Klärung der Rangordnung vorgenommen wird;
- d) Analyse der Situation, Analyse und Prognose der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen (Beachtung der Interdependenz der sozialen Prozesse). Dazu bedarf es der Integration der Ergebnisse der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. — Revision bzw. Überprüfung des bisherigen Zielsystems des Politikers (z. B. wenn für bestimmte Probleme z. Z. keine Lösungsmöglichkeiten gegeben sind);
- e) mit Hilfe des Instrumentariums der Entscheidungstheorie können die Handlungsmöglichkeiten ermittelt werden, die in bezug auf das konkrete Problem mit dem umfassenden System und mit der Rangordnung der Ziele vereinbar sind (Minimumlösung). Wenn mehrere Möglichkeiten den Bedingungen genügen, können die Zielsetzungen für die konkrete Entscheidung spezifiziert werden (Optimumlösung);
- f) die wissenschaftliche Lösung muß wieder in die Sprache des Politikers übersetzt werden. Das Kommunikationsproblem zwischen dem Wissenschaftler und dem Politiker muß auch auf allen vorhergehenden Stufen beachtet werden (vgl. K. Lompe, Wissenschaftliche Beratung der Politik. Ein Beitrag zur Theorie angewandter Sozialwissenschaften, Göttingen 1966, S. 134).

16 Mit aller Deutlichkeit schrieb Albert über das Verhältnis von Öffentlichkeit und Politik schon 1954, daß derjenige, der „durch den Ausleseprozeß der demokratischen Gesellschaft in eine Position gelangt ist, die ihn zur Vertretung der Interessen des Volkes verpflichtet. . . bei aller Rücksichtnahme auf die zu erwartende Reaktion der öffentlichen Meinung letzten Endes doch immer selbst zu entscheiden haben (wird), was in einer konkreten Situation getan werden soll. In einer solchen Lage den sogenannten Willen des Volkes anführen zu wollen, das wäre ein sinnloses Unterfangen, denn ein solcher Wille einer Gesamtheit existiert nur in den Gehirnen von Theoretikern, die nicht von der liebgewonnenen Gewohnheit lassen können, sozialen Gebilden eine quasi personenhafte Existenz zuzuschreiben“ (H. Albert, ökonomische Ideologie und politische Theorie, Göttingen 1954, S. 121 f.).

17 Schmücker sagte 1954 im Bundestag: „Wir lassen uns auch nicht durch größeren Fachverstand von unserer politischen Richtung abbringen“ (Sitzung des Bundestages vom 14.10.1954, Protokolle, Bd. 21, Bonn 1954, S. 2342).